

Mehr Sicherheit für die Bauern

Lokale Agrarbörsen in Entwicklungsländern könnten das Hungerproblem lindern. Zu diesem Schluss kommt ein Institut der Uni Zürich.

Andreas Valda

Nehmen wir das Beispiel Kamerun. Das westafrikanische Land ist nicht das ärmste in Afrika. Kameruner essen ausgiebig Brot, ein Erbe der früheren französischen Kolonialherren. Kamerun hat eine funktionierende Wirtschaft, aber Weizen wird nicht angebaut, sondern in grossen Mengen aus den USA und Europa importiert. Frühere Anbauversuche gab es, doch sie scheiterten am fehlenden Interesse lokaler Eliten - Ölexporte sind lukrativer. Dies gilt nicht für den Vertreter des noch schwachen Mittelstands, Olivier Atinbop. «Es ist mein Traum, dass wir dereinst hier Weizen anbauen, so wie es Äthiopien tut», sagt der Kameruner Ingenieur, der in Paris und Genf studiert hat.

Derzeit investiert er in eine Weizenmühle, die im Herbst in Betrieb geht. Er kauft auch Finanzderivate, um den Kaufpreis für Weizen abzusichern, den er ab Herbst beziehen will. Nur so habe er Gewissheit, dass sich die Investition lohne. Das Gleiche gelte für sein Projekt Weizenanbau. «Die Möglichkeit, den Ertrag einer Weizenernte an internationalen Börsen im Voraus abzuschliessen, ist entscheidend, um zu zeigen, dass sich der Anbau lohnt», sagt Atinbop.

Schwache Produktivität

Laut der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UNO (FAO) leiden weltweit geschätzte 850 Millionen Menschen unter Hunger. Warum tun es nicht viel mehr Bauern dem Kameruner Atinbop nach? Die Antwort: Ihre wichtigsten Agrarprodukte wie Yams, Hirse, Maniok oder die Süsskartoffel sind national und international nicht handel-



Yamswurzeln sind international kaum handelbar. Foto: David Gomez (iStock)

bar. «Gerade bei diesen Produkten könnte die Schaffung von lokalen Börsen sinnvoll sein, denn sie würden diese Produkte vermehrt handelbar machen. Ausserdem könnten Bauern durch Termingeschäfte ihre Ernteerträge finanziell absichern», sagt Philipp Aerni, Leiter des CCRS, ein assoziiertes Institut der Uni Zürich. Das Ziel seines 14-köpfigen Teams ist die Erforschung der Rolle des Privatsektors bei der Förderung einer nachhaltigen Entwicklung.

Fehlende Nahrungsmittelbörsen sind laut CCRS ein schwerwiegendes Problem beim Kampf gegen den Hunger. Ein weiteres Problem ist die schwache Produktivität. In Afrika betreiben viele Kleinproduzenten Landwirtschaft wie Euro-

päer vor hundert Jahren. Die Einführung des Traktors, Landwirtschaftsmaschinen, besseres Saatgut, der Einsatz von Kunstdüngern und Schädlingsbekämpfungsmitteln steigerten hierzulande die Produktivität. Der Hunger verschwand nicht so in Afrika. Zwar wurden mithilfe des Westens Fortschritte erzielt. «Während des kalten Krieges flossen aus strategischen Gründen viele Entwicklungsgelder in die Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktivität», sagt Aerni. Doch in den 90er-Jahren liefen diese Programme aus. Die westlichen Länder setzten andere Prioritäten. Hunger wurde «nicht mehr als ein Produktionsproblem, sondern als ein Verteilungsproblem» dargestellt, so Aerni. Auch die

Schweizer Agrarpolitik trug mittels Exportsubventionen dazu bei, «viele Entwicklungsländer von Nahrungsmittelimporten abhängig zu machen».

Hier kommt das dritte Haupthindernis im Kampf gegen den Hunger: Agrarimporte des Westens untergraben den Absatzmarkt für eine lokale Produktion. Aerni nennt als Beispiel den Südsudan. Das Land sei sehr fruchtbar. Es war ursprünglich ein Exporteur von Getreide. Das UNO-Programm «World Food Programme» hätte während des Südkonfliktes «ohne weiteres Nahrungsmittel von lokalen Bauern beziehen können, um die betroffene Bevölkerung zu versorgen». Doch es kam anders. Die USA insistierten laut Aerni darauf, dass man ihre Agrarüberschüsse verwende. «Somit wurde mit der Lösung des «Verteilungsproblems» ein «Produktionsproblem» geschaffen, denn die lokalen Bauern hatten keinen Anreiz mehr, über den Eigenbedarf hinaus zu produzieren.»

Das Fazit der CCRS ist, dass die Hungerkrise ihre Wurzeln «nicht in der Finanzmarktspekulation, sondern in einer falschen Agrar- und Entwicklungspolitik» habe. Daran ändere sich auch nichts, wenn das Schweizer Stimmvolk am 28. Februar über die Initiative «gegen Spekulation mit Nahrungsmitteln» abstimmt. Die Vorlage will Schweizer Banken, Händlern und Pensionskassen die Finanzspekulation mit Agrarrohstoffen verbieten.

Die CCRS-Forscher gingen den Ursachen für hohe Nahrungsmittelpreise nach und erforschten den Zusammenhang zwischen Finanzspekulation und Agrarrohstoffpreisen. Sie untersuchten die wichtigsten Weizenbörsen, die sich in Kansas, Minnesota und Chicago befin-

den. Ihr Befund: Das durchschnittliche Auf und Ab der Preise von Agrargütern ist in den letzten zehn Jahren im Vergleich zu den vorangegangenen zehn Jahren zwar gestiegen. «Doch ein Kausalzusammenhang zwischen gestiegenen Preisschwankungen und der Zunahme von Index-Spekulanten ist nicht nachzuweisen», sagen die Finanzforscher Matthias Huss und Marco Haase.

Das Gegenteil sei der Fall. «Preisschwankungen haben an der Börse Minneapolis, wo keine Index-Spekulanten existieren, um rund 80 Prozent mehr zugenommen als in Chicago, wo der Grossteil der Index-Spekulanten aktiv ist.» Die Analyse zeige auch, dass gerade in Krisenzeiten Spekulant Preis-schwankungen gedämpft hätten, indem sie den Märkten Liquidität zur Verfügung gestellt haben, so das CCRS.

Staatseingriffe als Preistreiber

Eine direkte Ursache entdeckten sie bei Staatseingriffen in den Markt. So trieben beispielsweise die Inder die Reispreise in die Höhe, indem sie den Export einschränkten, um die günstige Inlandversorgung sicherzustellen. Die Nachfrage stieg schlagartig. Länder, die stark von Reimporten abhängig sind, tätigten darauf «Panikeinkäufe um jeden Preis». Solche Preissteigerungen entstanden, weil «zu wenig davon international gehandelt wird», sagt Aerni. Beim Weizen wiederum führten Missernten in Russland, der Ukraine und in Australien zu steigenden Marktpreisen.

Keine Auswirkung haben hingegen Missernten von lokalen Agrarprodukten. «Weil viele Bauern in marginalen Regionen nicht Teil von funktionierenden Agrarmärkten sind», sagt Aerni.

Blackout-Läden vor dem Aus

Die Schweizer Modekette ist in Nachlassstundung. Jetzt wird versucht, Käufer für die Läden zu finden.

Die Schweizer Modekette Blackout mit 92 Filialen und rund 500 Mitarbeitenden steht vor dem Aus. Um Zeit für einen Teilausverkauf zu gewinnen, wurde dem Unternehmen eine Nachlassstundung bis 9. Mai gewährt.

Das Geschäftsjahr 2015 hat die Schweizer Modekette Blackout mit einem Verlust in Millionenhöhe abgeschlossen. Dadurch ist der Modehändler in einen Liquiditätseingpass geraten, der jetzt die weitere Existenz infrage stellt.

Die Modekette könne nicht in der bisherigen Form weitergeführt werden, teilte die Firma gestern mit. Die Verantwortlichen wollen nun für einen Teil der Läden Käufer finden. «Gespräche mit Interessenten laufen bereits», sagte eine Sprecherin. Ein weiterer Teil der Läden müsse geschlossen werden.

Um Zeit für diesen Prozess zu gewinnen, hat das Unternehmen eine provisorische Nachlassstundung erwirkt, die am letzten Dienstag bewilligt worden war. Am Donnerstag haben Verwaltungsrat und Geschäftsleitung die rund 500 Mitarbeitenden orientiert.

Bis zum 9. Mai hat die Firma Zeit, die Verkaufsverhandlungen abzuschliessen und «möglichst positive Lösungen für möglichst viele Mitarbeitenden» zu finden. Durch die Nachlassstundung seien die Löhne sichergestellt und gewährleistet, dass die Kündigungsfristen eingehalten werden können. Offen sei, wie vielen Mitarbeitenden gekündigt werde und wie viele Filialen geschlossen werden, so die Sprecherin.

Als Gründe für das Aus von Blackout führt das Unternehmen die Aufwertung des Frankens im Januar 2015 an. Zugezogen habe dem Modehändler ein zunehmender Anteil von Kunden, der statt im Laden im Internet oder statt in der Schweiz im Ausland einkauft.

Blackout ist 1990 aus dem Familienbetrieb Metzler Mode hervorgegangen, der 1963 im bernischen Oberaargau gegründet worden war. (SDA)

Eurozone wächst stärker als die USA

Die Wirtschaft der Eurozone steckt die schlappe Weltkonjunktur besser weg als die der USA. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) legte von Oktober bis Dezember erneut um 0,3 Prozent zum Vorquartal zu, teilte das Statistikamt Eurostat am Freitag mit. Von Reuters befragte Ökonomen hatten diesen Wert exakt vorausgesagt. Zum Vergleich: Die USA schaffte am Jahresende nur ein Plus von 0,2 Prozent.

Das Wachstumsgefälle innerhalb der europäischen Währungsunion bleibt allerdings sehr gross. Die griechische Wirtschaft etwa schrumpfte im Schlussquartal um 0,6 Prozent. Dagegen legte Spanien um 0,8 Prozent zu. Europas grösste Volkswirtschaft, Deutschland, schaffte mit 0,3 Prozent ein durchschnittliches Wachstum, während Frankreich als Nummer zwei der Währungsunion auf 0,2 Prozent kam. 2015 insgesamt wuchs die Eurozone um 1,5 Prozent. Die EU-Kommission erwartet für dieses Jahr ein Plus von 1,7 Prozent, 2017 sollen es 1,9 Prozent sein. (Reuters)

Neue Abgastests im Strassenverkehr

Realistischere Abgastests für Diesel-Fahrzeuge rücken näher. Die EU-Länder stimmten dem neuen Rechtsrahmen am Freitag in Brüssel zu. Künftig sollen die Emissionen im Strassenverkehr und nicht im Labor getestet werden.

Allerdings sollen jahrelang noch grosszügige Abweichungen von geltenden Grenzwerten erlaubt sein. Das Europaparlament hatte bereits in der vergangenen Woche de facto zugestimmt. Erlaubt sind nach der Euro-6-Abgasnorm, die seit fast zehn Jahren gilt, nur 80 Milligramm Stickoxid (NO_x) pro Kilometer. Diesen Wert sollen neu entwickelte Fahrzeugtypen in einem ersten Schritt zwischen September 2017 und Januar 2020 noch um mehr als das Doppelte überschreiten dürfen. Ab 2020 soll eine Überschreitung dann noch um die Hälfte toleriert werden. Bevor die neuen Testverfahren kommen können, müssen weitere Details separat geregelt werden. Dies steht noch aus. (SDA)

Anzeige

Wir danken Ihnen.

Seit über 145 Jahren sind wir die Bank der Zürcherinnen und Zürcher. Darauf sind wir stolz.

Einmal pro Jahr überweisen wir einen Teil unseres Gewinns an den Kanton Zürich und seine Gemeinden.

In diesem Jahr beträgt die Gesamtsumme 326 Millionen Franken.

Der Kanton erhält 226 Millionen Franken, den Gemeinden kommen 100 Millionen Franken zugute. Dies entspricht 223 Franken pro Einwohnerin und Einwohner des Kantons Zürich.

Wir danken Ihnen für Ihr Vertrauen.

Lesen Sie mehr auf www.zkb.ch/gewinnausschuetzung

Die nahe Bank



Zürcher Kantonalbank